



# Reden

25.02.2016

**Thema: Aktuelle Stunde - Konsequenzen aus dem Steuerfall Engelhorn:  
Steuerhinterziehung bekämpfen, Steuergerechtigkeit schaffen, Steuereinnahmen  
verbessern!**

**Florian Streibl (FW):** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Eigentum, Reichtum und Vermögen sind keine Verbrechen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es gilt allerdings der Grundsatz, dass Eigentum verpflichtet. Auch die Wohlhabenden und die Reichen in unserer Gesellschaft tragen Verantwortung. Es ist ihre Pflicht, solidarisch zu sein, für die Schwachen einzustehen und mit ihrem Geld nicht einfach ins Ausland davonzulaufen. So kann ein Staat nicht funktionieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir alle, auch die Wohlhabenden, sind der Staat. Es gilt, auch bei ihnen das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass sie Verantwortung für die Gesellschaft, insbesondere für den sozialen Frieden, haben. Es geht nicht, dass jemand hier sein Vermögen macht und sich dann ins Ausland absetzt. Die Fälle sind aufgezählt worden; sie sind vielfältig. Dies ist insbesondere dann nicht akzeptabel, wenn andererseits die Wohltaten, die unser Staat bietet, in Anspruch genommen werden. Dazu gehören insbesondere die innere Sicherheit bei uns und die guten Rahmenbedingungen für sichere Arbeitsplätze. Wir können es nicht hinnehmen, dass diese Vorteile einfach mitgenommen werden, aber das auf dieser Grundlage verdiente Geld ins Ausland geschafft wird. Ob die Einstellung zusätzlicher Steuerfahnder das Allheilmittel ist, mag dahingestellt sein. Eines ist auf jeden Fall klar: Wir müssen allen Menschen in unserer Gesellschaft bewusst machen, wie wichtig es ist, dass jeder hier auch seinen Dienst zu erbringen hat. Dazu gehört es, seine Steuern hier zu zahlen, damit dieser Staat funktionieren kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zur Steuerverkürzung und Steuerflucht muss man natürlich auch Folgendes sagen: Wenn wir Straftaten verhindern wollen, dann ist die Prävention die, dass das Entdeckungsrisiko für den Täter sehr, sehr hoch und die Möglichkeit der Ahndung gegeben sein muss. Also die Straftat des Täters muss dann auch geahndet werden; denn nur dann, wenn ein Täter weiß, dass er entdeckt wird, wird er die Finger davon lassen. Da gibt es genug zu tun. Wir wissen, dass wir in der Justiz auf dem Gebiet der Strafverfolgung und der Ermittlung noch einiges besser machen können und dass wir hier auch personell und mit Sachmitteln aufpolstern müssen, da bei Ermittlungen am Anschlag gearbeitet wird. Allerdings unterstützen wir auch den Antrag der



**BAYERISCHER LANDTAG  
ABGEORDNETER  
Florian Streibl**

SPD, der im Verfassungsausschuss behandelt worden ist; denn es stellen sich auch in diesem Fall Fragen. Diese Fragen, deren Klärung zu unserer Kontrollaufgabe als Legislative gehört, müssen zulässig sein. Von daher sind gewisse Dissonanzen erkennbar. Wer den Fall eines Fußballpräsidenten und den Engelhorn-Fall in Augsburg anschaut, kann den Eindruck haben, dass hier bei vergleichbaren Delikten mit unterschiedlichem

Maß gemessen wird. Hier müssen wir nach der Aufklärung schauen, was Tatsache ist und was dahintersteht; denn eines ist auch klar: Ein Rechtsstaat ist nicht immer einfach. Ein Rechtsstaat hat seine Regeln, und diese Regeln sind manchmal hoch kompliziert. Daher muss man genau prüfen und alle Seiten anhören. Insofern sind wir gespannt, was in dem Bericht stehen wird. Vorher darf man über niemand den Stab brechen, sondern man muss erst einmal alle Seiten anhören und dann sehen, was dabei herauskommt. Dann müssen wir die Schlüsse ziehen und uns folgende Fragen stellen: Braucht die Staatsanwaltschaft mehr Personal? Braucht sie noch andere Sachmittel und Möglichkeiten, um zu ermitteln? Was steht wirklich dahinter? Die andere Frage ist in einem Rechtsstaat natürlich auch, inwieweit Straftaten weggedeckt werden können. Das ist in der Strafjustiz mittlerweile gängige Praxis, die allerdings verfassungsrechtlich bedenklich ist; denn es widerspricht eigentlich der Öffentlichkeit des Strafverfahrens. Von daher muss man schauen, dass man nicht in eine Hinterzimmer-Justiz gerät, die dann Fragen und Dissonanzen wie in diesem Fall aufwirft; denn das Wichtige ist, dass die Justiz für den Bürger transparent ist und er weiß, dass alle gleichbehandelt werden, dass also vor dem Gesetz jeder gleich ist und nicht diejenigen, die sich die großen Star-Anwälte leisten können, dann im Hinterzimmer mittels eines Deals die Sache stillschweigend bereinigen können. Das darf nicht sein. Daher braucht es auch in der Justiz einen Gleichklang. Es darf nicht sein, dass man sich mit Geld eine bessere oder andere Justiz erkaufen kann. Diesem Anschein müssen wir entgegenwirken. Deswegen bitte ich, in diesem Haus auch in dieser Richtung gemeinsam zu arbeiten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)